

Süchtig nach Likes und Klicks

Neue Studie: Jugendliche nehmen weniger Drogen – dafür ausschweifender Medienkonsum

VON KRISTIN HERMANN

Bremen. Kein strukturierter Tagesablauf, kaum Kontakt zu Mitschülern, und weniger Personen, die genauer hinschauen können, ob alles in Ordnung ist: Die Corona-Pandemie, insbesondere die Lockdown-Maßnahmen, waren für viele Jugendliche belastend. Experten befürchteten deshalb lange, dass Minderjährige verstärkt zu Drogen greifen könnten, um mit den Veränderungen zurechtzukommen. Doch der große Anstieg im Umgang mit klassischen Suchtmitteln wie Alkohol, Tabak oder Cannabisprodukten blieb zumindest im vergangenen Jahr aus. Dafür hat sich die suchthafte Nutzung von digitalen Medien verschärft. Zu diesem Ergebnis kommt die neue Schulbus-Untersuchung (Schüler- und Lehrkräftebefragung zum Umgang mit Suchtmitteln).

Die Studie wurde unter der Federführung des Bremer Gesundheitsressorts von der Fachstelle „Sucht Hamburg“ in Hamburg, Bremen und Bremerhaven durchgeführt. Zuletzt nahm Bremen 2017 an der Befragung teil. Rund 2000 Bremer Jugendliche im Alter zwischen 14 bis 17 Jahren haben von Herbst 2021 bis zum Frühjahr Fragen über ihren Konsum von Suchtmitteln beantwortet, aber

„Es ist zentral, dass in der Schule die Mediennutzung kritisch hinterfragt wird.“

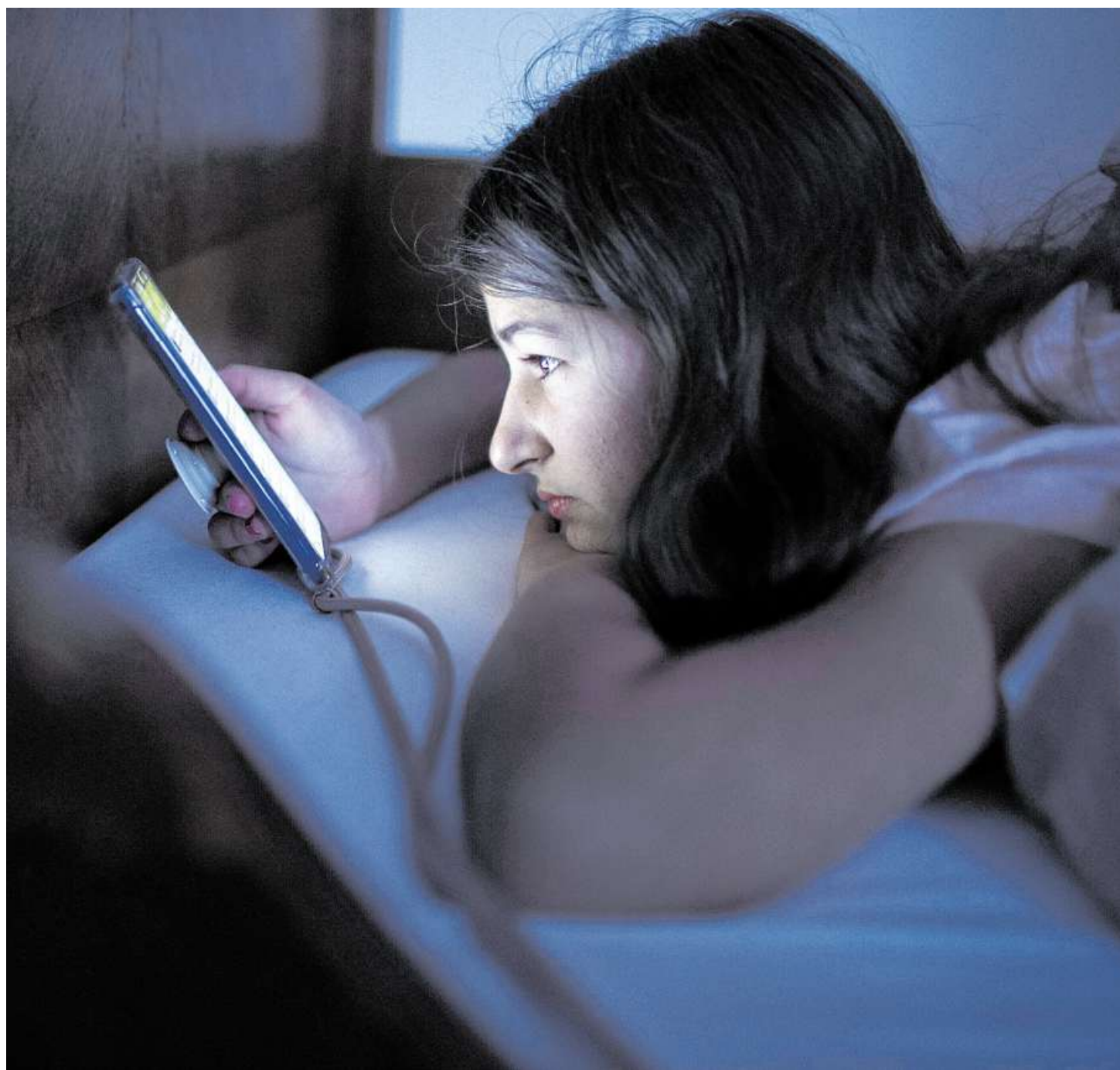
Sascha Karolin Aulepp (SPD)

auch der Umgang mit Glücksspiel- und Internetangeboten, die eigene Körperwahrnehmung oder die Auswirkungen der Pandemie standen im Fokus.

Insgesamt sind laut Befragung weniger Jugendliche als in den Vorjahren in den Gebrauch von Suchtmitteln eingestiegen. Des Weiteren haben die, die ohnehin eher wenig oder gar nicht trinken, rauchen und kiffen auch während der Corona-Pandemie ihr Verhalten nicht geändert oder den Konsum gar verringert. In der Regel waren ausgefallene Partys oder weniger Treffen mit Freunden die Gründe dafür, so die Studienautoren. Wer dagegen davor schon süchtig danach war, hat in den vergangenen drei Jahren eher noch mehr davon genommen. Als Gründe dafür werden unter anderem Langeweile, Realitätsflucht, fehlende Freizeitaktivitäten und Familienprobleme genannt.

Alkohol ist dabei der Studie zufolge nach wie vor Suchtmittel Nummer eins: Etwa 65 Prozent der Jugendlichen in Bremen haben bereits Erfahrung mit Bier, Wein, Schnaps und Co. gemacht. „Knapp die Hälfte kommt mindestens einmal im Monat mit Alkohol in Berührung“, sagt Eva Carneiro Alves, Suchtreferentin beim Bremer Gesundheitsressort. Auch, wenn der Wert insgesamt nicht ansteige, müsse man den Konsum dennoch weiter kritisch beobachten.

Ähnlich verhalte es sich mit dem Gebrauch von Neuen Psychoaktiven Substanzen (NPS), darunter fallen etwa gepanschte Badesalze oder Reinigungsmittel und Ecstasy. Hier verzeichnen die Experten einen Anstieg auf sehr niedrigem Niveau. Laut Behörde ist davon auszugehen, dass 325 bis 350 Jugendliche in ihrem Leben schon einmal Kontakt zu NPS in seinen vielen Erscheinungsformen hatten.



Wenn die Gedanken nur noch um die Nutzung von Apps kreisen, kann es für Jugendliche zur Belastung werden.

FOTO: JENS KALAENE/IMAGO

Das Tabak-Rauchen hat unter Jugendlichen hingegen weiter an Attraktivität verloren: Der Anteil des regelmäßigen Rauchens liegt bei Jugendlichen in Bremen bei 7,2 Prozent und in Bremerhaven bei 7,3 Prozent.

Auffällig ist der Studie zufolge dagegen, dass immer mehr Jugendliche nicht nur ein bisschen im Internet surfen, sondern ein problematisches Nutzungsverhalten entwickelt haben. Mit problematisch ist dabei gemeint, dass die Schüler dafür unter anderem Freunde, Familie, Pflichten und Schlaf stark vernachlässigen. In Bremen kam es zu einer Verdopplung des problematischen Konsums – das treffe auf gut ein Fünftel (21 Prozent) aller Jugendlichen zu. Im Durchschnitt verbringen sie in Bremen 5,3 Stunden unabhängig von Schulunterricht und Hausaufgaben im Internet, in Bremerhaven sind es 5,9 Stunden.

Das exzessive Surfen im Netz kann laut Studie dazu beitragen, sich krankhaft mit anderen zu vergleichen. „Wie sich zeigt, sind vor allem Mädchen gefährdet, durch die täglichen Bilder und Videos auf Instagram, TikTok und Co. zu einer kritischeren Selbstwahrnehmung zu kommen“, sagt Bremens Ge-

sundheitssenatorin Claudia Bernhard (Linke). Hilfe bekommen sie unter anderem bei der Fachstelle Medienabhängigkeit der Ambulanten Suchthilfe Bremen. Während bei jungen Männern, die etwa viel am Computer oder auf einer Konsole spielten, schneller sichtbar werde, wenn sie ein Suchtproblem entwickelten, sei das bei Mädchen weniger eindeutig. „Sie kommen häufig noch ihren Alltagsverpflichtungen nach“, sagt Michèle Sanner, Suchttherapeutin und Koordinatorin bei der Fachstelle. „Dennoch kreisen die Gedanken oftmals um den Konsum, was sich massiv auf die Gefühlswelt auswirken kann.“ Sie empfehle Eltern, genau hinzuschauen und auch ihr eigenes Konsumverhalten regelmäßig kritisch zu hinterfragen. „Regeln sollten am besten für die ganze Familie gelten“, sagt Sanner.

Die Bandbreite an Fällen, die bei ihr und ihren Kollegen landen, ist groß. So seien sie bereits in einen Kindergarten gerufen worden, weil dort die ersten Kinder unter regelrechten Medien-Entzugserscheinungen litten. Außerdem beobachten die Experten seit Corona eine Zunahme des Pornografiekonsums unter Minderjährigen.

Die Ergebnisse der Studie für Bremen decken sich im Großen und Ganzen mit den Erkenntnissen für Hamburg. Neben den 2000 Schülern wurden in Bremen und Bremerhaven auch Eltern und Lehrer befragt. Vergleicht man die Einschätzungen zum Suchtmittelkonsum, zeigt sich laut Studienleitern, dass die Lehrkräfte das Ausmaß des suchtfördernden Verhaltens eher überschätzen, während die Eltern häufig dazu neigen, die tatsächlich vorliegenden Konsumerfahrungen ihrer Kinder zu unterschätzen.

Mit den Ergebnissen der Studie will man in Bremen nun noch mehr auf Beratung setzen, besonders in den Schulen. „Es ist absolut zentral, dass in der Schule die eigene Mediennutzung kritisch hinterfragt wird und den Schülern und Schülerinnen Beratungsangebote gemacht werden“, sagt Kinder- und Bildungsministerin Sascha Karolin Aulepp (SPD). Neben bereits vorhandenen Informations- und Unterstützungsangeboten etwa durch die Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (Rebuz) oder das Landesinstitut für Schule arbeite man aktuell an weiteren Präventionsangeboten und Projekten zum Thema. **Kommentar Seite 2**

Wald soll erhalten bleiben

Koalition einigt sich auf Kompromiss bei Erweiterung der „Hansalinie“

VON FELIX WENDLER

Bremen. Umweltsenatorin Maïke Schaefer (Grüne) und Wirtschaftsministerin Kristina Vogt (Linke) haben sich geeinigt: Bei der Erweiterung des Gewerbegebietes „Hansalinie“ soll die Waldfläche größtenteils bestehen bleiben. Die Kompromisslösung sieht vor, insgesamt 3,5 Hektar Wald dauerhaft zu erhalten, ohne die Weiterentwicklung des Areals in der Arberger Marsch zu gefährden. „Wir haben jetzt eine gute Lösung gefunden, die dafür sorgt, dass wir nicht – wie es im schlimmsten Fall möglich gewesen wäre – jahrelang durch eine Klage in der Erschließung aufgehalten werden. Und aus ökologischer Sicht ist dies ebenfalls die beste Lösung“, sagt Schaefer. Der BUND Bremen hatte mit Klagen gedroht, falls der Wald abgeholzt werden sollte.

Nachdem eine koalitionsinterne Einigung vergangene Woche noch gescheitert war, zeigt sich nun auch Vogt erfreut über die Verständigung. „Wir benötigen in Bremen dringend weitere, zukunftsfähige Gewerbeflächen“, so die Wirtschaftsministerin. Der Gewerbepark „Hansalinie“ sei wegen seiner

Lage unmittelbar an der A1 von besonderer Bedeutung. Unter anderem interessieren sich Zulieferbetriebe des Mercedes-Werks für die Fläche. „Mit dieser Entscheidung sichern wir die Entwicklungsperspektiven unseres größten Arbeitgebers in Bremen ab“, sagt Vogt. Auch Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) äußerte sich am Montag

zu der Einigung: „Es ist uns im Senat gelungen, eine einvernehmliche Lösung zu finden, die alle Interessen berücksichtigt – nämlich sowohl den Umweltschutz als auch die Entwicklung der Gewerbeflächen.“

Um das Waldgebiet im Süden des Areals soll nun herumgebaut werden. „Die im Bebauungsplan ausgewiesene Ringerschlie-

ßung und der westlich verlaufende Graben können wie geplant gebaut werden“, heißt es. Die kleinere bewaldete Fläche im Norden soll gerodet werden, während im Süden eine Aufforstung denkbar sei. Für die Anpassungen müsse der Bebauungsplan geändert und der Baudeputation zum Beschluss vorgelegt werden, heißt es weiter. Die Deputation tagt am 29. September das nächste Mal.

Dass Schaefer auf die Klagedrohungen des BUND eingegangen war, hatte ihr zuletzt massive Kritik von der Opposition eingebracht. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion bezeichnet es als rechtswidrig, dass Schaefer im Anschluss an das reguläre Beteiligungsverfahren nachverhandelt habe. Die FDP hat einen Dringlichkeitsantrag für die Stadtbürgerschaft eingereicht und den Senat aufgefordert, „die Entwicklung des Gebietes zügig zu Ende zu bringen“. Auch innerhalb der rot-grünen Regierungskoalition war Unmut zu vernehmen: Der SPD-Wirtschaftspolitiker Volker Stahmann sprach von einer „gefährlichen Signalwirkung“, die mit einer Reaktion auf die Klageandrohung einhergehe.



Das Gewerbegebiet „Hansalinie“ in der Arberger Marsch wird erweitert – mit Rücksicht auf etwa 3,5 Hektar Wald, der nun doch nicht gerodet werden soll.

FOTO: RING/WFB



Die Umgebung, in der der Mensch sich den größten Teil des Tages aufhält, bestimmt seinen Charakter.

ANTIPHON (480 - 411 V. CHR.)

Bremer wird Gewerkschaftschef

Polizei-Kongress wählt Kopelke

VON RALF MICHEL

Bremen. Ein Polizist aus Bremen ist neuer Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP): Jochen Kopelke wurde am Montagabend in Berlin mit einem eindeutigen Votum zum Nachfolger von Oliver Malchow gewählt, der nach neun Jahren auf dem GdP-Chefposten nicht erneut kandidierte.

Kopelke wurde mit 86,61 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt. Der 38-Jährige ist der jüngste Bundesvorsitzende in der 72-jährigen Geschichte der Polizeigewerkschaft der Polizei. Der Polizeioberrat dankte im Anschluss den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern für ihren „ihn beeindruckenden Vertrauensvorschuss“.

Der neue GdP-Chef, seit 2005 in Diensten der Bremer Polizei und von 2014 bis 2017 Vorsitzender des Bremer GdP-Landesverbandes, kündigte an, künftig die Politik stärker in die Pflicht nehmen zu wollen. Es sei nicht länger hinnehmbar, dass seine Kolleginnen und Kollegen „draußen auf den Straßen als Prellbock für unnötige politische Irritationen dienen“. Auch in der Polizei dürfe keine Gruppe vergessen werden. Nur wenn das Räderwerk wie geschmiert laufe, könne die innere Sicherheit hierzulande bestmöglich gewährleistet werden.

Dazu werde die GdP sehr klar formulieren, was die Polizei einerseits für ihren operativen Einsatz benötige. Große Beachtung müsse jedoch auch dem sogenannten Backoffice, der Polizeiverwaltung, einer zeitgemäßen Ausstattung, der Beschleunigung des Digitalisierungsprozesses und einer spürbaren Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Polizeien hierzulande in Krisenlagen und Katastrophensituationen geschenkt werden, unterstrich Kopelke.

Anklage nach Brandanschlag

Bremen. Im Fall des Brandanschlags auf das Jugendzentrum Friesenstraße im Februar 2020 wurde bereits im Juli Anklage gegen drei Männer erhoben. Das bestätigte die Staatsanwaltschaft Bremen dem WESER-KURIER. Zuerst hatte das linke Portal „Indymedia“ darüber berichtet.

Die Bremer Innenbehörde zeigt sich über den Ermittlungserfolg „erleichtert“, wie Sprecherin Rose Gerds-Schiffler auf Nachfrage mitteilt. Dem vorausgegangen sei eine „monatelange Ermittlungsarbeit mit großem Aufwand“. So gehörten laut der Behördensprecherin Funkzellenauswertungen, Telekommunikations-Überwachungen, Wohnungsdurchsuchungen und Observationen zu den angewandten Maßnahmen.

Die drei Tatverdächtigen im Alter von 27, 33 und 38 Jahren sind angeklagt wegen Brandstiftung und Körperverletzung. Sie sollen laut Innenbehörde allesamt Kontakte in die rechtsextremistische Szene haben, etwa zur sogenannten „Gruppe 11“. Bereits im September vergangenen Jahres hatte die Polizei Autos und Wohnungen der drei Männer durchsucht.

Während eines Konzerts war es in der Nacht vom 15. auf den 16. Februar 2020 im Jugendzentrum Friese im Bremer Steintorviertel zu zwei Bränden gekommen. Bei dem ersten Brand soll es sich laut Behörde um Brandstiftung handeln; Ursache für den zweiten Brand sei ein nicht gelöschtes Glutnest gewesen.

Verletzt wurde in jener Nacht niemand; mehrere Personen erlitten aber Rauchvergiftungen. Es entstand ein Sachschaden von rund 200.000 Euro. Nach dem Brand waren Aufkleber mit rechtsradikalen Inhalten in dem Jugendzentrum gefunden worden. **FDOM**